

**Protokoll
über die 60. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
(Sondersitzung) am 19.09.2011**

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:15 Uhr
Ort: Rathaus, Alter Ratssaal, Am Markt 14, 19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzende

Gramkow, Angelika

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Foerster, Henning	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Horn, Silvio	entsandt durch ZG Fraktion Unabhängiger Bürger/Stadtvertreter Manfred Strauß
Janew, Marleen	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion
Nolte, Stephan	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Harder, André
Hoppe, Eberhard
Rudolf, Gert

Verwaltung

Bartsch, Ulrich
Czerwonka, Frank
Dankert, Matthias
Friedersdorff, Wolfram Dr.
Hoffmann, Kathrin
Hopmann, Holger
Niesen, Dieter
Wilczek, Ilka
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Kowalk, Peter
Zischke, Thomas

Leitung: Angelika Gramkow

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren und Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung ab 2012, Änderung der Straßenreinigungssatzung ab 2012
Vorlage: 00867/2011

3. Beratung zu den Abfallgebühren und der Hausmüllgebührensatzung

- 3.1. Kalkulation der Abfallgebühren und Änderung der Hausmüllgebührensatzung ab 2012, Änderung der Hausmüllentsorgungssatzung
Vorlage: 00866/2011

- 3.2. Kalkulation der Abfallgebühren und Änderung der Hausmüllgebührensatzung ab 2012, Änderung der Hausmüllentsorgungssatzung
Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 00958/2011

4. Festlegung der wesentlichen Produkte in den Teilhaushalten der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00935/2011

5. Haushalt 2011 Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 27 GemHVO
Vorlage: 00933/2011

6. Abwanderung von Pflegekräften verhindern - Pflegesatzverhandlungen besser steuern
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 00841/2011
7. Neubewertung des Verkehrskonzepts von 1993
Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: 00793/2011
8. Kita - Bedarfsplan bezüglich des Hortes an der Friedensschule umsetzen
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 00901/2011
9. Einzelhandelsstandort Schwerin durch rasche Ansiedlung von "Decathlon" stärken
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 00904/2011
10. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Die Oberbürgermeisterin, Frau Angelika Gramkow, eröffnet die 60. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorstehende Tagesordnung wird bestätigt.

**zu 2 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren und Änderung der
Straßenreinigungsgebührensatzung ab 2012, Änderung der
Straßenreinigungssatzung ab 2012
Vorlage: 00867/2011**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 09.06.2011 einstimmig bei drei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 15.09.2011 einstimmig bei vier Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat der Beschlussvorlage am 18.08.2011 einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung nimmt die Nachkalkulation der Straßenreinigungsgebühren für 2010, die überarbeitete Gebührenkalkulation für 2011 und die Gebührenkalkulation für 2012 zur Kenntnis.
2. Die Stadtvertretung beschließt die Änderungssatzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebühren ab 2012 entsprechend der Anlage 6 B.
3. Die Stadtvertretung beschließt die Änderung der Straßenreinigungssatzung gemäß Anlage 7 B.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Beschlusnummer:

060/HA/0444/2011

zu 3 Beratung zu den Abfallgebühren und der Hausmüllgebührensatzung

**zu 3.1 Kalkulation der Abfallgebühren und Änderung der
Hausmüllgebührensatzung ab 2012, Änderung der
Hausmüllentsorgungssatzung
Vorlage: 00866/2011**

Bemerkungen:

1.)

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 14.09.2011 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 15.09.2011 einstimmig bei vier Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat der Beschlussvorlage am 18.08.2011 einstimmig bei einer Stimmenthaltung und folgenden Änderungen in der Anlage 8 - § 18 Abs. 2 zugestimmt:

Das Wort „alsbald“ ist zu streichen; der Satz lautet wie folgt:

„Ausgefallene Entsorgungsmaßnahmen werden im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten ~~alsbald~~ nachgeholt.

Die Verwaltung erklärt, dass diese Änderung aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus übernommen und die Beschlussvorlage entsprechend angepasst wird.

2.)

Es liegt folgender Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion vor:

In der Anlage 8b Punkt 7.) § 15 Absatz 5 soll eine Ergänzung zur Formulierung im Satz 2 erfolgen:

„Es dürfen pro Grundstück und Biotonne nur maximal 5 Biosäcke, in den Monaten September bis November maximal 10 Biosäcke, je Entsorgungstour bereitgestellt werden.“

Abstimmungsergebnis zum Ergänzungsantrag:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

Der Hauptausschuss stimmt dem Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zu.

3.)

Im Rahmen der Beratung zum Tagesordnungspunkt bringt die Fraktion Unabhängige Bürger folgenden Änderungsantrag ein:

Es wird folgender neuer Beschlusspunkt eingefügt:

4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Umstellung der Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt mit dem Ziel zu prüfen, die Verringerung des Müllaufkommens auch gebührenrechtlich zu honorieren. Hierzu ist der Stadtvertretung bis zum 31.7.2012 ein Vorschlag oder Bericht vorzulegen.

Der Hauptausschuss berät zum Verfahren.

Im Ergebnis stimmt Herr Horn, Vorsitzender der Antrag stellenden Fraktion, folgendem Verfahren zu:

Der Änderungsantrag wird als selbständiger Antrag über den Hauptausschuss eingebracht und in den Ausschuss für Finanzen, in den Ausschuss für Umwelt und Ordnung sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus zur Vorberatung verwiesen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erklären ihr Einverständnis zu diesem

Verfahren.
Der Antrag wird unter Punkt 3.2 weiterbehandelt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung nimmt die Nachkalkulation der Abfallgebühren für 2010, die überarbeitete Gebührenkalkulation für 2011 und die Gebührenkalkulation für 2012 zur Kenntnis.
2. Die Stadtvertretung beschließt die Änderungssatzung zur Änderung der Hausmüllgebührensatzung ab 2012 entsprechend der Anlage 7 B.
3. Die Stadtvertretung beschließt die Änderungssatzung zur Änderung der Hausmüllsatzung ab 2012 entsprechende der Anlage 8 B.

In der Anlage 8b Punkt 7.) § 15 Absatz 5 wird folgende Ergänzung zur Formulierung im Satz 2 aufgenommen:

Es dürfen pro Grundstück und Biotonne nur maximal 5 Biosäcke, in den Monaten September bis November maximal 10 Biosäcke, je Entsorgungstour bereitgestellt werden.

In der Anlage 8 - § 18 Abs. 2 wird das Wort „alsbald“ gestrichen; der Satz lautet wie folgt:

„Ausgefallene Entsorgungsmaßnahmen werden im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten ~~alsbald~~ nachgeholt.“

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

Beschlusnummer:

060/HA/0445/2011

**zu 3.2 Kalkulation der Abfallgebühren und Änderung der Hausmüllgebührensatzung ab 2012, Änderung der Hausmüllentsorgungssatzung
Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 00958/2011**

Bemerkungen:

Herr Böttger beantragt eine Abstimmung zur Verweisung des Änderungsantrages in die Fachausschüsse.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger in den Ausschuss für Finanzen, in den Ausschuss für Ordnung und Umwelt sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus zu Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 01.11.2011.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 21.11.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis zur Verweisung in die Fachausschüsse:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 4 Festlegung der wesentlichen Produkte in den Teilhaushalten der
Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00935/2011**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Finanzen hat zur Beschlussvorlage am 15.09.2011 nicht abschließend beraten.

Die Oberbürgermeisterin, Frau Angelika Gramkow, zieht die Beschlussvorlage für die heutige Sitzung des Hauptausschusses sowie für die Sitzung der Stadtvertretung zurück.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt nach der abschließenden Beratung im Ausschuss für Finanzen.

**zu 5 Haushalt 2011 Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 27 GemHVO
Vorlage: 00933/2011**

Bemerkungen:

Es liegt folgender Änderungsantrag der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion vom 15.09.2011 vor:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Anlage 1, Ausnahmen von der Anordnung einer Bewirtschaftung nach den Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung im Verwaltungshaushalt, der Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin „Haushalt 2011 Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 27 GemHVO“ wird um folgende Ausnahmen ergänzt:

Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung
20000	63200	Schulsportliche Höhepunkte
20000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
20000	52010	Reparaturen an Unterrichtsmitteln
21000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
21000	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
21000	63001	Lernmittelfreiheit
21000	63200	Schulischer Fachbedarf
22000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
22000	57300	Sachkosten „ fit for life „
22000	57301	Produktives Lernen
22000	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
22000	63001	Lernmittelfreiheit
22000	63200	Schulischer Fachbedarf
23000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
23000	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
23000	63001	Lernmittelfreiheit
23000	63200	Schulischer Fachbedarf
24000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
24000	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
24000	63001	Lernmittelfreiheit
24000	63200	Schulischer Fachbedarf
24220	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
24220	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
24220	63001	Lernmittelfreiheit
24220	63200	Schulischer Fachbedarf
24240	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
24240	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel.
24240	63001	Lernmittelfreiheit
24240	63200	Schulischer Fachbedarf
24260	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
24260	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
24260	63001	Lernmittelfreiheit
24260	63200	Schulischer Fachbedarf
24280	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
24280	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
24280	63001	Lernmittelfreiheit
24280	63200	Schulischer Fachbedarf
27010	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände

27010	55000	Schülerbeförderung Körperbehindertenschule
27010	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
27010	63001	Lernmittelfreiheit
27010	63200	Schulischer Fachbedarf
27010	63203	Schuleingliederungsprojekt „Robinson,“
28000	52000	Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
28000	57300	Zooschule
28000	63000	Lehr- und Unterrichtsmittel
28000	63200	Schulischer Fachbedarf
28000	63001	Lernmittelfreiheit
29210	71700	Schülerspeisung Kinderschutzbund

Der Ausschuss für Finanzen hat dem Änderungsantrag der SPD - Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Stimmenthaltungen zugestimmt und der geänderten Beschlussvorlage am 15.09.2011 einstimmig zugestimmt.

Nach eingehender Beratung im Hauptausschuss wird der Änderungsantrag der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Fraktion zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 1

Der Hauptausschuss lehnt den Änderungsantrag der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN–Fraktion ab.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung beschließt, dass im Vollzug des Verwaltungshaushaltes 2011 Ausgaben nur geleistet werden dürfen, zu deren Leistung eine gesetzliche oder bei Beginn des Haushaltsjahres vertragliche Verpflichtung bestand und besteht oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.
2. Die Stadtvertretung beschließt, von dieser Festlegung die Haushaltsstellen, die für erhaltene Zuweisungen Eigenanteile bereitstellen, wenn die Eigenanteile nicht mehr als 40 % betragen, und die Haushaltsstellen, die durch Einnahmen (Gebühren, Erstattungen) weitgehend oder vollständig gedeckt werden sowie alle in Anlage 1 genannten Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes auszunehmen.
3. Die Stadtvertretung überträgt die Entscheidung über weitere Ausnahmen bis zu einer Höhe von 25.000,- Euro im Einzelfall auf die Oberbürgermeisterin, darüber hinaus auf den Hauptausschuss.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 2

Beschlusnummer:

060/HA/0446/2011

- zu 6 **Abwanderung von Pflegekräften verhindern - Pflegesatzverhandlungen besser steuern**
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 00841/2011

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen hat dem Antrag am 08.09.2011 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat dem Antrag am 15.09.2011 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, auf die künftige Ausgestaltung der Pflegesatzverhandlungen für die Schweriner Einrichtungen der Altenhilfe derart Einfluss zu nehmen, dass künftig durch angemessene Pflegesätze qualifizierte Pflegekräfte in den Pflegeeinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gehalten und neue, gute Pflegerinnen und Pfleger gewonnen werden können.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 1

Beschlusnummer:

060/HA/0447/2011

zu 7

Neubewertung des Verkehrskonzepts von 1993

Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: 00793/2011

Bemerkungen:

1.)

Es liegt folgender Änderungsantrag der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion vom 20.06.2011 vor:

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das „Konzept zur Verkehrsberuhigung im übergeordneten Netz“ des im Jahre 1993 durch die Stadtvertretung beschlossenen Konzepts zur Verkehrsberuhigung zu überarbeiten. Die entsprechenden Mittel sind im Jahr 2012 in den Haushalt einzustellen.“

2.)

Der Ausschuss für Finanzen hat dem Antrag am 28.04.2011 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat dem Antrag am 28.04.2011 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat dem Antrag am 08.09.2011 einstimmig zugestimmt.

Die Ortsbeiräte haben dem Antrag zugestimmt.

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat dem Antrag am 23.06.2011 einstimmig mit zwei Stimmenthaltungen in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion zugestimmt: „Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das „Konzept zur Verkehrsberuhigung im übergeordneten Netz“ des im Jahre 1993 durch die Stadtvertretung beschlossenen Konzepts zur Verkehrsberuhigung zu überarbeiten. Die entsprechenden Mittel sind im Jahr 2012 in den Haushalt einzustellen.“

Die Vorsitzende stellt zunächst den Änderungsantrag der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das „Konzept zur Verkehrsberuhigung im übergeordneten Netz“ des im Jahre 1993 durch die Stadtvertretung beschlossenen Konzepts zur Verkehrsberuhigung zu überarbeiten. Die entsprechenden Mittel sind im Jahr 2012 in den Haushalt einzustellen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

060/HA/0448/2011

zu 8 **Kita - Bedarfsplan bezüglich des Hortes an der Friedensschule umsetzen**
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 00901/2011

Bemerkungen:

1.)

Der Jugendhilfeausschuss hat am 21.07.2011 den Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt und dem Antrag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung mit folgenden Änderungen zugestimmt:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, mit Eltern, Träger und Fachverwaltung alle notwendigen Schritte zu veranlassen, um die kurzfristige Umsetzung des von der Stadtvertretung am 25.01.2010 beschlossenen Kita - Bedarfsplanes bezüglich des Hortes an der Friedensschule (DS 00228/2009, Seite 35, Punkt 6) schnellstmöglich zu gewährleisten.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur hat am 14.09.2011 den Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt und dem Antrag in der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses mehrheitlich bei einer Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen zugestimmt.

2.)

Es liegt folgende Anfrage der SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Fraktion vom 15.09.2011 vor:

Die Fraktion bittet die Oberbürgermeisterin bis zum Beginn der nächsten Hauptausschusssitzung schriftlich mitzuteilen, wann, wo und mit wem Sie welche Entscheidung über die Auswahl der Erstklässler für die Auslagerung getroffen haben.

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass sie an ihrem Tisch keine Entscheidung diesbezüglich getroffen hat. Die Entscheidung liegt beim Träger.

3.)

Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss wird zunächst der Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss stimmt dem Ersetzungsantrag zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bis zur Sitzung im Dezember 2011 die Fortschreibung des Kita-Bedarfsplanes vorzulegen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

060/HA/0449/2011

zu 9 **Einzelhandelsstandort Schwerin durch rasche Ansiedlung von "Decathlon" stärken**
Antragstellerin: SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 00904/2011

Bemerkungen:

Es liegt ein Ersetzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion vor.

1.)

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat dem Ersetzungsantrag am 01.09.2011 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat dem Ersetzungsantrag am 18.08.2011 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung und folgender Änderung zugestimmt:

„Die Stadtvertretung möge anstelle des bisherigen Antrages Folgendes beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der bestehenden Einzelhandelskonzeption und der sich daraus ergebenden Ziele für eine infrastrukturelle Entwicklung der Landeshauptstadt Schwerin eine gutachterliche Stellungnahme zu der Ansiedlung von zentrenrelevantem Einzelhandel im Sinne des bestehenden Einzelhandelskonzeptes in der südlichen Gartenstadt vorzulegen.“

Der Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf hat am 10.08.2011 zum Ersetzungsantrag beraten und diesem einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

2.)

Der Antrag wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.09.2011 zurückgestellt.

Es liegt nunmehr folgender überarbeiteter Antrag der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 07.09.2011 vor:

„Ansiedlung in der südlichen Gartenstadt“

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, der Stadtvertretung einen Offenlagebeschluss zum B-Plan für die zu entwickelnde Fläche in der südlichen Gartenstadt an der Ludwigscluster Chaussee spätestens bis zum 31.12.2011 zur Beschlussfassung vorzulegen

Herr Dr. Friedersdorff erläutert das Verfahren. Daraufhin ändert Herr Meslien, Vorsitzender der Antrag stellenden Fraktion, den Antrag wie folgt, das Wort „Offenlagebeschluss“ wird durch „Aufstellungsbeschluss“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	3

Der Hauptausschuss lehnt den Änderungsantrag der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Fraktion ab.

3.)

Die Vorsitzende stellt nunmehr den Ersetzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der bestehenden Einzelhandelskonzeption und der sich daraus ergebenden Ziele für eine infrastrukturelle Entwicklung der Landeshauptstadt Schwerin eine gutachterliche Stellungnahme zu der Ansiedlung von zentrenrelevantem Einzelhandel im Sinne des bestehenden Einzelhandelskonzeptes in der südlichen Gartenstadt vorzulegen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 19.09.2011 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

Beschlusnummer:

060/HA/0450/2011

zu 10 Sonstiges

1.)

Herr Horn bittet im Zusammenhang mit der Aussprache zum TOP 8 um eine rechtliche Bewertung, ob die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses beschließenden oder beratenden Charakter haben.

2.)

Die Oberbürgermeisterin informiert, dass am Montag, dem 26.09.2011 um 18 Uhr im Rathaus, eine Informationsveranstaltung für alle Stadtvertreter, sachkundigen Einwohner und Ortsbeiräte, zum Haushaltsplanentwurf 2012 stattfinden wird.

gez. Angelika Gramkow

Vorsitzende

gez. Simone Timper

Protokollführerin